

Pulse-of-Europe Kundgebung Köln am 3.6.2018

Steffen Lehndorff

Italiens neue Regierung - Eine Gefahr für Europa?

Liebe Kölner Europäerinnen und Europäer,

Wie viele von Euch mache auch ich mir in diesen Tagen Sorgen über die neue Regierung in Italien. Immerhin gibt es jetzt schon fünf EU-Länder, in denen extrem rechte, nationalistische Parteien an der Regierung beteiligt sind oder sogar alleine die Regierung stellen: Finnland, Polen, Ungarn, Österreich - und nun auch Italien. Gemessen an den Parlamentssitzen ist die Lega zwar Juniorpartner, aber die Fünf-Sterne-Bewegung ist ein ziemlich diffuses Konglomerat, so dass viele damit rechnen, dass die Lega unter ihrem Vorsitzenden Salvini die dominierende Kraft sein wird.

Meine Sorgen unterscheiden sich allerdings von denen, die in Medien und Politik in den letzten Tagen vielfach geäußert wurden. Die Entwicklung in Italien ist nicht Ursache der sich fortwährend vertiefenden EU-Krise, sondern ein weiteres Symptom. Es ist doch bemerkenswert: Dieselben Politiker, die angesichts von AfD und Pegida predigen, man müsse „die Sorgen der Menschen ernst nehmen“, scheren sich einen Dreck um die Sorgen vieler Menschen in Italien — wie Jugendarbeitslosigkeit, Armut und schwache soziale Sicherheitsnetze. Dabei ist es doch von München aus nach Italien näher als nach Berlin oder Köln. Und zugleich fällt auf, dass die Rhetorik von Söder und Salvini gar nicht so verschieden ist. Wo es für Söder und viele andere, die so ticken wie er, die „Regulierungswut der Brüsseler Bürokratie“ ist, die uns Deutschen das Leben so schwer mache, beschwert sich Salvini darüber, dass Italien zum „Sklanden Brüssels und Berlins“ gemacht worden sei. Das gleiche Strickmuster: Für alle möglichen Probleme im eigenen Land muss die EU als Watschenmann herhalten.

Die spannende Frage dabei ist aber: Warum bietet sich die EU als Watschenmann an?

Ich will das an drei Beispielen deutlich machen. Das erste ist die Flüchtlingspolitik. Es ist doch unbestritten, dass Griechenland und Italien in der EU seit Jahren die Hauptlast der Fluchtbewegung nach Europa tragen. Durch das Wieder-In-Kraft-Setzen der Dublin-Verordnung wird das jetzt sogar wieder verschärft. Und Heimat-Minister Seehofer will dem noch die Krone aufsetzen, indem er Flüchtlinge an der Grenze direkt wieder in die Länder zurückschicken will, in denen sie als erstes den Boden der EU betreten haben. Das ist keine Union der Solidarität, sondern des nationalen Egoismus!

Das zweite Beispiel ist der Euro, die Europäische Währungsunion. Wie die funktionieren soll, muss man sich so vorstellen: Versetzen wir uns zurück in die 90er Jahre. Der Euro ist so konzipiert, als ob in der damaligen deutschen DM-Union Mecklenburg-Vorpommern gegen Baden-Württemberg hätte konkurrieren müssen — und zwar ohne bundesweites Steuersystem mit regionaler Umverteilung, ohne bundesweite Wirtschaftspolitik, ohne bundesweites soziales Sicherungssystem. Und zwar nach dem Motto: Jeder ist seines

Glückes Schmied. Ist es wirklich so schwer zu begreifen, dass unter solchen Bedingungen die Starken stärker und die Schwachen schwächer werden? Das ist keine Solidaritäts-Union, sondern eine Konkurrenz-Union. Und wenn jetzt ein italienischer Ökonom, der einst ein Euro-Befürworter war und für die Zentralbank und den Arbeitgeberverband gearbeitet hat, heute zu dem Schluss kommt, Deutschland habe am meisten vom Euro profitiert, dann wird er von der FAZ zum „Deutschland-Feind“ erklärt. Wer schürt hier eigentlich den Nationalismus?

Das dritte Beispiel ist das viel beklagte Demokratie-Defizit in der EU. Der soeben erwähnte Ökonom, den ich nun wirklich nicht verteidigen möchte, war von der Lega als Finanzminister benannt worden, durfte es aber nicht werden. Denn dies hätte, so der italienische Staatspräsident, „bei italienischen und ausländischen Investoren Alarm ausgelöst“. So ganz unrecht hat Herr Mattarella natürlich nicht. Herdentrieb und Hysterie an den Finanzmärkten können sich tatsächlich zu einer self-fulfilling prophecy auswachsen, die ganze Volkswirtschaften in die Krise treibt. Aber die politische Botschaft lautet doch: Nicht die Wählerinnen und Wähler, sondern eine Handvoll Rating-Agenturen und große Investmentfonds haben das letzte Wort. Übrigens mangelt es nicht an seriösen und realistischen Vorschlägen, wie diesem Übel beizukommen wäre. Doch der bescheidenste Vorschlag in diese Richtung wird hierzulande postwendend als Türöffner zur „Vergemeinschaftung von Schulden“ abgeblockt und geradezu tabuisiert. Und klar, Reformen sind dringend nötig, nicht zuletzt in Italien. Aber *welche* Reformen, und wer entscheidet darüber? Für Bundeskanzlerin Merkel sind es seit jeher die „Finanzmärkte“, von denen der „Reformdruck“ ausgeht, und die Regierungen dürften nicht erst reagieren, „wenn uns die Märkte die rote Ampel zeigen.“ Ist dieses Leitbild einer „marktkonformen Demokratie“ geeignet, Wählerinnen und Wähler in Italien und anderswo davon abzuhalten, ihre Stimme populistischen Parteien zu geben? Ganz offenbar nicht, denn die Hoffnung von EU-Haushaltskommissar Oettinger, dass die Reaktion der „Märkte“ in Italien als „Signal“ verstanden werden möge, „nicht Populisten von links und rechts zu wählen“, ist ja bekanntlich nicht aufgegangen.

Um es zuzuspitzen: Die Konkurrenz-Union in der Eurozone und die Geringschätzung demokratischer Wahlen im Vergleich zu Trends auf den Finanzmärkten sind das beste Futter für rechte Demagogen.

Das Festhalten an dieser Politik ist die eigentliche, die größte Gefahr für die EU. Stellen wir uns nur mal vor, unsere Bundesregierung hätte die Initiative von Macron für ein großes, parlamentarisch kontrolliertes Investitions-Budget der Eurozone rasch und positiv aufgegriffen (und nicht ausgesessen und dann kleingebrösel, wie sie es jetzt tut) — hätte das nicht mehr Menschen auch in Italien etwas Zuversicht gegeben, dass in der EU doch noch etwas zu bewegen ist?

Machen wir uns nichts vor: Wenn wir den Leuten in anderen Ländern ständig vorhalten, sie seien für ihre Probleme allein verantwortlich und sie sollten sich an uns ein Beispiel nehmen, dann sind wir auch für die dort zunehmende Abneigung Deutschland gegenüber selbst verantwortlich. Was erwarten wir eigentlich, wenn die Bild-Zeitung titelt: „Italien - bankrott,

korrupt und gefährlich.“* Oder Spiegel-online: „Die Schnorrer von Rom.“ Oder - wenn auch etwas seriöser - der Kölner Stadt-Anzeiger, der das Programm der neuen italienischen Regierung als „Kampfansage an Europa“ bezeichnet. Ist eigentlich das von Seehofer und Söder geplante Zurückschicken von Flüchtlingen nach Italien mit ähnlich markigen Schlagzeilen bedacht worden?

Interessant ist auch, mit welchen Argumenten in deutschen Medien das italienische Regierungsprogramm kritisiert wird. Auch dazu ein Beispiel: Die Lega will die Steuerprogression abschaffen und durch eine so genannte „flat rate tax“ ersetzen, und zwar in Höhe von 15% für niedrige und mittlere und 20% für höhere Einkommen. Das ist nichts anderes als ein gigantisches Steuersenkungsprogramm für die wohlhabenden Schichten, das noch weit über Berlusconis Steuersenkungen für hohe Einkommen hinausgeht. Gibt es da vielleicht ein Problem der weiteren Vertiefung der sozialen Ungleichheit, der weiteren Schwächung des Sozialstaats und öffentlicher Dienstleistungen in Italien? Offenbar nicht vorrangig, denn keiner dieser Edelfedern ist bislang aufgefallen, dass Salvini sein Steuermodell fast 1:1 bei Friedrich Merz abgekupfert hat, der vor 15 Jahren dafür mit dem Argument warb, es passe auf jeden Bierdeckel. Nein, wenn etwas unsozial ist, löst das keine Sorgen aus, sondern die FAZ sieht nur diese eine „Zumutung“: „Die Schulden drohen zu steigen“ — wovor übrigens auch stets gewarnt wird, sobald in Paris, aber nicht nur dort, der vernünftige Vorschlag für ein großes kreditfinanziertes Investitionsprogramm gemacht wird. Und Spiegel-online spricht Klartext mit der Anklage, dass „eine Nation die Hand aufhält, um sich ihr sprichwörtliches *dolce far niente* von anderen finanzieren zu lassen“. Richtig gehört: Nicht die Oberschichten eines Landes, nein, eine *Nation*.

Hier sehen wir die Wurzel des Übels, das die EU krank macht: Wirtschaftliche und soziale Probleme in der EU und ihren Mitgliedsländern werden zu *nationalen* Problemen erklärt, und zwar vorzugsweise (zumindest in Deutschland und anderen nord- und osteuropäischen Ländern) zu nationalen Problemen *anderer* Länder. Gibt es vielleicht Probleme, die am besten — oder gar, wie in einer Währungsunion — nur gemeinsam gelöst werden können? In der Regierungs-Rhetorik hört sich das manchmal so an. Aber guckt man auf die Praxis: Fehlanzeige.

Diese EU-Politik unserer und etlicher anderer Regierungen zu kritisieren ist nicht „Europaskeptisch“. Ganz im Gegenteil: Das ist pro-europäische EU-Kritik. Erst wenn in Deutschland, in Italien und anderen EU-Ländern akzeptiert wird, dass nationalstaatliche Eigenverantwortung mit gemeinsamer Verantwortung und gegenseitiger Unterstützung verbunden werden muss, kann die EU zu einer Solidaritäts-Union gemacht werden. Und dies dürfte der einzige Weg sein, die EU zu retten und zu stärken.

* Die Bild-Schlagzeile war allerdings geklaut und stammte ursprünglich von zwei „Finanzexperten“, die von zahlreichen einschlägigen Internetportalen übernommen wurde und den Zusatz hatte: „Warum die Wahl am Sonntag unser Vermögen gefährdet“. Die Quellen der übrigen Zitate: FAZ, 21.12.2013, 19. 5.2018, 26. 5.2018; www.zdf.de 29.5.2018; SPON, 24.5.2018; taz 13.6.2018; KStA 2./3.6.2018.